

## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 79. Ratssitzung vom 11. Dezember 2015

### 1493. 2015/294

**Weisung vom 09.09.2015:**

**Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2016 (Detailbudget und Produktegruppen-Globalbudget) und Abschreibung Globalbudgetanträge**

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 78, Beschluss-Nr. 1493/2015)

Beschlüsse:

Antrag 139.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Markus Knauss (Grüne):** Stadt und Kanton wollten gemeinsam den Rosengartentunnel und das Rosengartentram realisieren. In der Zwischenzeit sagte der Kanton, er könne mit der Planung nicht so rasch vorwärtskommen. Der Kantonsrat verlängerte die Frist um ein Jahr. Die VBZ sagte, das Projekt würde viel teurer und man wisse nicht, ob es technisch oder verkehrsplanerisch überhaupt realisierbar sei. Die Kosten sind in der Zwischenzeit von 860 Millionen Franken auf 1,4 Milliarden Franken gestiegen. Da wir nicht wissen, ob der Regierungsrat im April sagt, man habe nun doch nicht das Geld für die Finanzierung, macht es für uns keinen Sinn, dass die Stadt hier noch Geld in die Planung investiert. Wenn der Kanton die Karten aufdeckt und weiterplanen will, können wir darüber diskutieren, ob wir in der Begleitplanung mitmachen.

**Martin Bürliemann (SVP):** Auf diesem Konto sind 50 000 Franken für Entschädigungen Dienstleistungen Dritter für die städtische Begleitplanung des Vorprojekts Rosengartentunnel enthalten. Aus budgettechnischer Sicht kann man diesen Posten nicht entfernen. Man weiss nicht, ob die Planung stattfinden wird oder nicht. Würde man den Posten nicht budgetieren, müsste später ein Zusatzkredit beantragt werden. Wir sehen keine Notwendigkeit, den Posten zu streichen. Wir haben Vertrauen in den Stadtrat, dass das Geld nur ausgegeben wird, wenn die Planung stattfindet.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

**STR Filippo Leutenegger:** Wenn man bei einem solchen Projekt dabei sein will, muss man auch in der Planung mitmachen. Es ist ein bedeutendes Projekt für die Stadt. Verweigern wir es, ist das ein Zeichen an den Kanton, dass sich die Stadt mit einer solchen Situation sehr schwer tut. Markus Knauss (Grüne) will den Tunnel offenbar nicht unterstützen. Er sagte aber nun klar, dass sie bei einer Begleitprojektplanung dabei seien, wenn der Kanton die Karten auf den Tisch lege. Das habe ich gehört. Wir werden sehen, ob er dann tatsächlich mitmacht.





ren grundsätzlich in die Kommission. Wenn man punktuell einen Antrag stellen will, sollte dies mit einem Postulat im normalen Ratsbetrieb erfolgen. Wir sehen keine Veranlassung, an diesem Projekt zu kürzen.

Weitere Wortmeldungen:

**Guido Trevisan (GLP):** Die Weisung befindet sich bereits zur Beratung in der Kommission. Wir positionieren uns bei diesem Antrag anders als Grüne und SP. Nicht, weil wir einen Entscheid bezüglich des Heimplatzes vorwegnehmen wollen. Vielmehr möchten wir bei Weisungen, die in der Kommission behandelt werden, keine Kürzungsanträge unterstützen.

**Roger Tognella (FDP):** Der Antrag ist nicht ehrlich. Markus Knauss (Grüne) hält die Planungsideen für den Heimplatz für untauglich. Er versprach uns in der Kommission, dass er sagen würde, was er am Heimplatz bezüglich Velomassnahmen wirklich erreichen möchte. Mit der Kürzung um 100 000 Franken beabsichtigt er nun zu verhindern, dass das Tiefbaudepartement überhaupt planen kann. Das Departement kann ohne den Betrag jedoch keinen Auftrag erteilen, wie man hier eine bessere Lösung finden könnte. Den Ingenieuren im Tiefbaudepartement wird damit die Möglichkeit genommen, sich mit dem Thema zu befassen.

**Markus Hungerbühler (CVP):** Die Weisung befindet sich in der Kommission und wird dort behandelt. Es ist völlig daneben, hier eine Streichung vornehmen zu wollen. Es handelt sich um eine ideologische Strafaktion. Wenn Ruth Genner noch Stadträtin wäre, würden die Grünen den Betrag niemals streichen. Die Grünen sollten ehrlich sein. Die CVP bleibt ihrer Linie treu. Das Thema wird in der Kommission behandelt und es macht keinen Sinn, dass man nun Streichungen vornimmt.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

**STR Filippo Leutenegger:** Ich habe das Projekt von meiner Vorgängerin übernommen und kommuniziert, dass das Projekt mit entsprechenden Velomassnahmen umgesetzt werden muss. Es wurden nun zwar einige Velomassnahmen ergriffen, doch auf der Seite der Rämistrasse beim Schauspielhaus haben wir noch keine richtige Lösung gefunden. Die Strasse ist dort zu wenig breit und es liegen zwei Traminselfen vor. Eine Lösung wäre, die Traminselfen abzubauen und den Strassenperimeter so zu verändern, dass man das Gleis etwas versetzt. Dann hätte man nebst einem Veloweg sogar ein breiteres Trottoir. Dies wäre auch für die Besucher des Schauspielhauses von Vorteil. Doch die Sache ist komplex. Es geht dort um Gleisgeometrie. Das Tram Nr. 8 biegt in die Asylstrasse ab. Wir brauchen den Projektierungskredit, damit wir es genau prüfen können und diese Berechnungen durchgeführt werden können. Wenn wir warten, würde sich alles bis 2018 oder 2020 verzögern. Das wollen wir nicht. Wenn nun entschieden wird, den Kredit zu streichen, sollte auch die Verantwortung dafür übernommen werden, dass nicht weitergearbeitet werden kann.



Weitere Wortmeldung:

**Derek Richter (SVP):** Hier liegt im Vergleich zum letzten Budget bereits eine Verbesserung von 150 000 Franken vor. Eine weitere Verbesserung um 100 000 Franken drängt sich nicht auf.

S. 248	35 3515 3186 0000	<b>TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT</b> <b>Tiefbauamt</b> <b>Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
142.	Antrag Stadtrat				750 000	Minderheit
			100 000		650 000	Mehrheit
						Enthaltung
		Begründung:	Ausgaben für Strategie 2016ff sind unnötig, da mit Stadtverkehr 2025 bereits eine detaillierte Strategie besteht			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 22 Stimmen zu.

#### Antrag 143.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Florian Utz (SP):** Im TAZ und bei ERZ soll eine neue Zeiterfassungssoftware beschafft werden. Wir waren erstaunt, warum dies so teuer ist und haben nachgefragt, ob Synergien geprüft worden seien. Die Antwort lautete, man habe keine Synergien geprüft, weder innerhalb vom TED noch mit anderen Dienstabteilungen der Stadt. Ich stellte deshalb ursprünglich den Antrag, alles zu streichen, und die Planung nochmals völlig neu aufzugleisen. Die Lizenzen laufen jedoch Ende 2016 aus. Es wird Ausgaben geben, sei es nun die Verlängerung der Lizenzen oder ein neues Programm. Man müsste zur Steigerung der Effizienz dennoch Synergien mit anderen Dienstabteilungen prüfen. Wir beantragen die Streichung von 100 000 Franken.

**Martin Bürlimann (SVP):** Auch die Minderheit ist der Meinung, dass Synergien geprüft werden sollten. Doch auch hier handelt es sich um einen Posten, der aus budgettechnischer Sicht im Budget enthalten sein muss. Die Zeiterfassung ist ein gesetzlicher Auftrag und relativ teuer. Es ist schwierig zu planen, wie hoch die Kosten ausfallen werden.







9 / 54

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 49 Stimmen zu.

---

Antrag 145.

Wortmeldungen siehe Antrag 144.

S. 251	<b>35</b> <b>3515</b> <b>513901</b>	<b>TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT</b> <b>Tiefbauamt</b> <b>Erneuerungsunterhalt von Strassen: Sammelkonto</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>145.</b>	Antrag Stadtrat				26 638 400	Minderheit
			400 000		26 238 400	Mehrheit
						Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP) Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
						Begründung: Dachslernstrasse: Streichen, da kein Veloweg geplant

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 43 Stimmen zu.

---

Gemeinsame Behandlung der Anträge 146. und 147.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Markus Knauss (Grüne):** *An der Stampfenbachstrasse wird der gesamte Strassenquerschnitt neu erstellt. Auch die Tramgleise werden verschoben. Es wäre an der Zeit, eine neue Verkehrsführung anzudenken. Es handelt sich um eine Hauptroute des regionalen Richtplans. Ein Veloweg müsste hier 1,50 Meter breit sein. Talwärts haben wir diese 1,50 Meter, bergwärts nicht. Das Tiefbauamt behilft sich mit einer 60-cm-Markierung. Diese Breite ist für einen Veloweg nicht annähernd ausreichend. Wir bitten den Stadtrat, nochmals über die Bücher zu gehen. Hauptrouten des Masterplans können nicht mit solch schmalen Velostreifen ausgestattet werden.*

**Martin Bürlimann (SVP):** *Ich hatte an besagter Stelle noch nie Probleme. Doch auch hier gilt: Solche Themen gehören in die Kommission und nicht in die Budgetdebatte. Wir sehen keinen Anlass, nun in einem sehr komplizierten Projekt diesen einen Punkt her auszugreifen.*

Weitere Wortmeldungen:

**Guido Trevisan (GLP):** *Ich bin froh, dass nicht alles in der Kommission behandelt wird. Die Grünen versuchen, über das Budget Einfluss auf die entsprechende Planung zu nehmen. Velostandards sind sicher lobenswert. Doch man muss prüfen, was überhaupt möglich ist. Stadteinwärts, wo sich oft Staus bilden, wird ein Velostreifen eingeführt. Das macht dort Sinn. Stadtauswärts sind die Velofahrer etwas langsamer unterwegs. Die 60 cm sind keine Augenweide, doch aufgrund der Hoteleinfahrten und Anlieferungsflächen ist es nicht anders machbar. Im Sinne des Pragmatismus sagen wir Ja zu dieser Lösung, wie sie momentan für die Stampfenbachstrasse vorgesehen ist.*

**Dr. Mario Babini (parteilos):** *Wir sollten auf diese Lösung verzichten. Es gibt keine wissenschaftliche Studie, die bestätigt, dass eine farbliche Signalisierung etwas bringt. Wir sollten darauf verzichten und nichts umsetzen, das keinen Nutzen bringt.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

**STR Filippo Leutenegger:** *Wir haben versucht, so zu planen, dass wir möglichst gute Massnahmen erreichen. Den Strassenperimeter können wir nicht ändern. Der Kanton würde uns eine Mischverkehrsfläche mit motorisiertem Individualverkehr und Tram aufwärts oder abwärts nicht erlauben. Weil es talwärts die grössten Stausituationen gibt, haben wir entschieden, dort einen Velostreifen einzuplanen. Ursprünglich waren vom Tiefbauamt keine Massnahmen bergaufwärts geplant, weil kein Platz vorhanden war. Viele Velofahrer beschäufigt es aber, dass für gewisse Abschnitte Velowege existieren, die sich einige Meter weiter in Luft auflösen und dann woanders wieder fortgesetzt werden. Für diese Situation wollen wir eine Lösung finden. Dort, wo der Strassenperimeter zu schmal ist, um einen Velostreifen zu erstellen, soll wenigstens eine Einfärbung erstellt werden. So sieht der Autofahrer, dass auch Velofahrer auf derselben Fahrbahn fahren müssen. Ich habe in Auftrag gegeben, dass man dies prüfen soll. Es gibt noch Differenzen zwischen der Dienstabteilung Verkehr und dem TAZ bezüglich der Farbe des Streifens. Meiner Meinung nach muss man sehen können, dass dort noch Velos durchfahren. Es ist keine offizielle Massnahme nach Strassenverkehrsordnung, doch immerhin eine Hilfsmassnahme. Mehr ist auf diesem Perimeter nicht herauszuholen.*

**Dr. Mario Babini (parteilos):** *Was mich an der ganzen Sache stört, sind die Kosten. Für 50 000 Franken könnte man die Strasse auch eigenhändig bemalen.*

**STR Filippo Leutenegger:** *Wird der Betrag gestrichen, könnten wir nicht am Projekt weiterarbeiten. Selbstverständlich könnten wir den Streifen selber auf die Strasse malen. Ich habe Mario Babini (parteilos) aber noch nie auf einer Baustelle gesehen.*

11 / 54

S. 251	<b>35</b> <b>3515</b> <b>510901</b>	<b>TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT</b> <b>Tiefbauamt</b> <b>Erneuerungsunterhalt von Fussgängeranlagen: Sammelkonto</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>146.</b>	Antrag Stadtrat				2 029 500	Minderheit
			50 000		1 979 500	Mehrheit
						Enthaltung
						Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP) Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP) Shaibal Roy (GLP)
						Begründung: Stampfenbachstrasse streichen, Velomassnahmen ungenügend, keine nur 60 cm breiten Velostreifen (zu gefährlich)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 62 Stimmen zu.

---

### Antrag 147.

Wortmeldungen siehe Antrag 146.

S. 251	<b>35</b> <b>3515</b> <b>513901</b>	<b>TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT</b> <b>Tiefbauamt</b> <b>Erneuerungsunterhalt von Strassen: Sammelkonto</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>147.</b>	Antrag Stadtrat				26 638 400	Minderheit
			200 000		26 438 400	Mehrheit
						Enthaltung
						Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP) Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP) Shaibal Roy (GLP)
						Begründung: Stampfenbachstrasse streichen, Velomassnahmen ungenügend, keine nur 60 cm breiten Velostreifen (zu gefährlich)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 61 Stimmen zu.

---

Gemeinsame Behandlung der Anträge 148. und 149.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Markus Knauss (Grüne):** Es geht um die Hönggerstrasse. Die Verwaltung scheint nicht in der Lage zu sein, zeitgerechte Entscheide zu fällen. Wir haben die Hönggerstrasse schon im letzten Budget gestrichen, mit der Begründung, dass dort Tempo 30 als Lärmschutzmassnahme beschlossen werden sollte. Es wurde uns in Aussicht gestellt, der Umwelt- und Gesundheitsschutz Zürich (UGZ) habe einen Antrag auf Tempo 30 gestellt. Darüber werde jedoch erst in einem sogenannten Aufwischprojekt definitiv entschieden. Der Entscheid hat bis heute nicht stattgefunden. Stadtrat Filippo Leutenegger sagt, er sei dafür nicht zuständig, Stadtrat Richard Wolff sei dafür zuständig. Dieser ist nicht hier. Vom UGZ ist auch niemand hier. Niemand weiss, was in diesem Projekt enthalten ist. Wenn die Stadtverwaltung dafür wirklich ein Jahr braucht, sagen wir Nein zu diesem Antrag.

**Martin Bürlimann (SVP):** Die Lärmsanierung in diesem Strassenabschnitt geschah nicht im Rahmen des Strassenbauprojekts, sondern im Rahmen der kreisweisen Strassenlärmsanierung. Für die Hönggerstrasse fand die Lärmsanierung im Rahmen des akkustischen Projekts statt. Der Abschnitt Dammstrasse-Wipkingerplatz war darin nicht enthalten. Inzwischen wurde alles geprüft und wird im Frühling 2016 im Aufwischprojekt mit Tempo 30 als Lärmsanierungsmassnahme öffentlich aufliegen. Ich sehe das Problem nicht. Zudem verstehe ich auch hier nicht, weshalb dies nicht im Rahmen eines politischen Vorstosses abgehandelt wird. Wir sehen keine Veranlassung, den Betrag zu streichen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

**STR Filippo Leutenegger:** Es wurde die Strassenoberfläche erneuert. Wenn die Tempo-30-Massnahmen kommen, werden sie dann eingeführt. Die beiden Projekte waren aber von Beginn an getrennt geplant.

S. 251		35	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT			
		3515	Tiefbauamt			
		513000	Bau von Strassen: Sammelkonto			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
148.	Antrag Stadtrat				6 420 000	Minderheit Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			50 000		6 370 000	Mehrheit Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)

13 / 54

Enthaltung    Vizepräsident Walter Angst  
(AL)

Begründung:    Verzicht Höggerstrasse, so lange Tempoentscheid nicht gefällt ist

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 49 Stimmen zu.

---

Antrag 149.

Wortmeldungen siehe Antrag 148.

S. 251	<b>35</b> <b>3515</b> <b>513901</b>	<b>TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT</b> <b>Tiefbauamt</b> <b>Erneuerungsunterhalt von Strassen: Sammelkonto</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>149.</b>	Antrag Stadtrat				26 638 400	Minderheit
			1 200 000		25 438 400	Mehrheit
						Enthaltung
						Vizepräsident Walter Angst (AL)

Begründung:    Verzicht Höggerstrasse, so lange Tempoentscheid nicht gefällt ist

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 49 Stimmen zu.

---

Gemeinsame Behandlung der Anträge 150. und 151.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Florian Utz (SP):** *Es geht um die Hardstrasse südlich von der Pfingstweidstrasse. Wir glauben, dass die Hardstrasse genügend breit ist für einen Veloweg. Im vorliegenden Projekt hat das Tiefbauamt noch keinen Veloweg eingezeichnet. In den Tempo-30-Zonen werden standardmässig keine Velowege eingeplant. Doch es hat sehr viele Auto- und Fussgängerbewegungen in Bahnhofsnähe. Es müsste eine Ausnahme möglich sein in Form einer räumlichen Trennung von Velo-, Fussgänger- und Autoverkehr. Den Veloweg in die Planung einzubeziehen, wäre eine kleine Sache und wir hätten ein gutes Projekt für alle.*

**Martin Bürlimann (SVP):** Die Haupt- und Komfortroute gemäss Masterplan verläuft nicht entlang der Hardstrasse. Sie tangiert den Projektperimeter nur am Rande im Bereich der Geroldstrasse. Die Tempo-30-Zonen werden in den seltensten Fällen mit Velostreifen oder Velowegen umgesetzt. Das würde im Widerspruch zu den geltenden Normen und Weisungen des ASTRA (Bundesamt für Strassen) stehen. Die Argumentation ist dieselbe wie in anderen Projekten des Stadtrats. Wir sehen keinen Anlass für eine Streichung.

Weitere Wortmeldung:

**Guido Trevisan (GLP):** Uns leuchtet ein, dass die CVP hier bei der Mehrheit ist. Ein Teil der CVP hat dafür gesorgt, dass der Veloweg über die Hardbrücke zum dritten Mal in der Kommission beraten wird und dann auch noch in den Rat kommt. Wir halten es, wie Florian Utz (SP) argumentiert hat, für sinnvoll, dass man hier eine entsprechende Velomassnahme einplant und schliessen uns der Minderheit an.

S. 251	<b>35</b> <b>3515</b> <b>513000</b>	<b>TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT</b> <b>Tiefbauamt</b> <b>Bau von Strassen: Sammelkonto</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>150.</b>	Antrag Stadtrat				6 420 000	Mehrheit
			300 000		6 120 000	Minderheit
						Enthaltung
						Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP) Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP) Vizepräsident Walter Angst (AL), Shaibal Roy (GLP)
			Begründung: Hardstrasse mit Veloweg planen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 76 gegen 49 Stimmen zu.

---

15 / 54

Antrag 151.

Wortmeldungen siehe Antrag 150.

S. 251	<b>35</b> <b>3515</b> <b>513901</b>	<b>TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT</b> <b>Tiefbauamt</b> <b>Erneuerungsunterhalt von Strassen: Sammelkonto</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>151.</b>	Antrag Stadtrat				26 638 400	Mehrheit
			200 000		26 438 400	Minderheit
						Enthaltung
						Martin Bürliemann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP) Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP) Vizepräsident Walter Angst (AL), Shaibal Roy (GLP)
			Begründung:	Hardstrasse mit Veloweg planen		

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 76 gegen 49 Stimmen zu.

---

Antrag 152.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roger Tognella (FDP):** Wir kommen nochmals zum Thema Tempo 30. Ich möchte dazu die beiden Gemeinden Zürich und Neftenbach vergleichen. Für beide Gemeinden gelten bezüglich Lärmschutzverordnungen die gleichen Rechtsgrundlagen. Beide Gemeinden verfügen über überkommunales und kommunales Strassennetz. Beide Gemeinden haben Anwohnende und Strassenverkehr. Der Unterschied: Neftenbach hat kein Tram und keinen Flugverkehr. Eine Rechtsgrundlage, die in Neftenbach ebenfalls gilt, wird dort nicht umgesetzt, während man hier versucht, Tempo 30 flächendeckend umzusetzen. Das ist ein Unsinn. Die Massnahme sollte gestrichen werden.

**Florian Utz (SP):** Nur, weil Neftenbach angeblich vielleicht das Bundesrecht nicht umsetzt, ist das kein Grund dafür, dass Zürich das Recht nicht umsetzt. Wir setzen das Recht um und schützen unsere Einwohnerinnen und Einwohner womöglich besser, als andere Gemeinden dies tun. Es geht aber bei diesem Budgetantrag nicht einmal so sehr um die Frage, ob wir das Bundesrecht umsetzen oder nicht. Die Frage ist vor allem, ob wir es durch Lärmschutzfenster oder durch Tempo 30 umsetzen. Man kann politisch die Haltung einnehmen, dies sollte nur durch Lärmschutzfenster geschehen. Da müsste man aber einen Antrag stellen, diesen Budgetposten zu erhöhen. Denn Lärmschutzfenster sind nun einmal teurer als ein Tempo-30-Schild.





**Martin Bürlimann (SVP):** Die Bederbrücke wird aufgrund ihres schlechten Zustands ersetzt. Stadt und Kanton wollen einige Punkte einfließen lassen. Mit der Aufhebung der Kap-Haltestelle wird der Mischverkehr im Knoten Seestrasse und Bederstrasse entflochten. Zudem wird die Tram- und Bushaltestelle auf der Brücke behindertengerecht ausgebaut. Es gibt eine breitere Traminsel. Diese bietet mehr Sicherheit bei steigenden Verkehrszahlen. Die bestehende Treppe wird ersetzt und es entstehen zusätzliche Treppen von der Kantonsschule her. Dadurch wird die Anzahl Strassenquerungen massiv gesenkt. Aufgrund dieser Massnahmen wird die neue Brücke 6 Meter breiter. Der stadtauswärts führende Radstreifen wird im Bauprojekt, das 2016 erarbeitet wird, detaillierter geplant werden. Man kann immer noch Einfluss nehmen auf die Gestaltung des Gesamtprojekts und die Gestaltung des Velowegs. Wir können deshalb den Kürzungsantrag nicht unterstützen.

**Markus Knauss (Grüne)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1479/2015): Wir haben zwei Projekte: Einerseits die Brückenverbreiterung und andererseits der Treppenabgang, der von der Kantonsschule Enge auf das SBB-Perron führt. Die beiden Projekte haben baulich nichts miteinander zu tun. Nach meinem Kenntnisstand wird die Finanzierung der Treppe durch die Stadt allein getragen. Mit dem Postulat wollen wir erreichen, dass die Treppe unabhängig von der Brücke geplant und realisiert werden kann. Die Projekte sollten getrennt werden. Mit Treppenabgängen bei der Bederbrücke haben wir bisher keine guten Erfahrungen gemacht. Es wurde jahrelang davon gesprochen, dass der Treppenabgang auf der anderen Seite der Brücke demnächst realisiert würde. Am Ende dauerte es zehn Jahre. Beim zweiten Treppenabgang soll dies nicht noch einmal passieren. Die Treppe ist wichtig. Wir wollen deshalb in Auftrag geben, dass die Treppe unabhängig von der Brücke geplant werden kann.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

**STR Filippo Leutenegger:** Die Brücke wird von den SBB zwischen 2018 und 2020 ersetzt. Die Planung ist in vollem Gange. 2003 erklärte sich der Kanton in einer Vereinbarung mit der Stadt mit der Kap-Haltestelle auf der Brücke einverstanden, unter der Bedingung, dass die Kap-Haltestelle bei einer Sanierung der Brücke entfernt werden müsse. Zwischen dem TAZ und den SBB gibt es einen Vertrag für die Ingenieurleistungen, die nun erbracht werden. Der Treppenabgang ist sehr wichtig. Es liegt eine zeitliche Koinzidenz vor. Man muss koordiniert bauen. Wenn wir die beiden Projekte nicht gleichzeitig umsetzen, wird die gesamte Umgebung zweimal mit massivem Lärm belästigt. Das macht keinen Sinn. Mit dem Auftrag, die beiden Projekte zu trennen, wollen die Initianten im Grunde nur die Brückenverbreiterung verhindern. Wir tragen hier eine Verantwortung für die Stadt. Wenn die Brücke nicht verbreitert wird, schauen wir für die nächsten 80 bis 100 Jahre in die Röhre. Es ist ein absurdes Anliegen. Mit den zusätzlichen 6 Metern erhalten wir nämlich auch die Möglichkeit, einen Veloweg zu erstellen. Wir haben diesen bereits eingeplant und können ihn aber nicht umsetzen, wenn die Brücke nicht verbreitert wird.

Weitere Wortmeldungen:

**Guido Trevisan (GLP):** Die GLP wird sich bei Antrag 153 der Mehrheit anschliessen, damit weitergeplant werden kann. Die Treppe ist uns wichtig. Der Verkehr stadtauswärts ohne Kap-Haltestelle ist gut geplant, der Verkehr kann abfliessen. Durch die Verbreiterung der Brücke erhalten wir zudem einen Veloweg. Das entspricht unserem Ansinnen. Der Treppenaufgang entspricht einem grossen Bedürfnis der Schüler. Durch den Vertrag mit dem Kanton muss die Stadt nicht alles selber finanzieren. Die SBB beteiligen sich finanziell daran, wenn die beiden Projekte kombiniert durchgeführt werden. Würden die beiden Projekte gestaffelt stattfinden, würden zudem zweimal Lärm und weitere Emissionen anfallen. Wir lehnen das Postulat ab.

**Dr. Mario Babini (parteilos):** Die Brücke verfügt derzeit nur stadteinwärts über eine Velo- / Fussgängerzone. Als ich kürzlich mit dem Velo in Gegenrichtung durch diese Zone fuhr, erhielt ich eine Busse. Stadtrat Leutenegger konnte mich mit seiner Argumentation nun deshalb vollkommen überzeugen.

**Mario Mariani (CVP):** Die CVP schliesst sich der Mehrheit an und lehnt das Postulat ab. Wenn wir die Synergien nutzen, wird es deutlich schneller vorwärtsgehen als bei der Erstellung des vorhin erwähnten ersten Treppenaufgangs.

**Heinz Schatt (SVP):** Die Postulanten wollen den Teil retten, der nicht dem motorisierten Individualverkehr dient. Sie nehmen in Kauf, dass die Stadt Kosten tragen muss, die sonst Kanton und SBB mitgetragen hätten. Die SVP lehnt deshalb die beiden Anträge 153 und 154 ab.

**Eduard Guggenheim (AL):** Ich möchte Stadtrat Filippo Leutenegger widersprechen. Ich fahre täglich über diese Brücke. Die Velos fahren auf dem Trottoir im Schritttempo. Es entstehen keine Konflikte mit Fussgängern. Die Fussgänger können derzeit direkt vom Trottoir ins Tram einsteigen. Mit dem neuen Projekt müssten sie dazu zuerst eine Fahrbahn überqueren und werden gegebenenfalls auch Risiken eingehen, um ein Tram noch zu erwischen. Die Strassenverbreiterung ist unnötig und nicht nachvollziehbar.

**STR Filippo Leutenegger:** Es geht um eine historische Chance, die Brücke zu verbreitern. Wenn die Tramgleise entfernt werden, haben wir die Chance, eine Verbesserung zu erreichen und einen Veloweg zu erstellen. Verbreitern wir die Brücke nicht, tragen wir die Verantwortung für die Stadt, dass der Strassenraum 6 Meter schmaler ist und wir überhaupt nichts mehr tun können, auch nicht für die Velofahrer.



19 / 54

S. 251	<b>35</b> <b>3515</b> <b>513901</b>	<b>TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT</b> <b>Tiefbauamt</b> <b>Erneuerungsunterhalt von Strassen: Sammelkonto</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>153.</b>	Antrag Stadtrat				26 638 400	Mehrheit
			100 000		26 538 400	Minderheit
						Enthaltung
		Begründung:	Bederbrücke/Bederstrasse streichen, da Kapazitätserweiterung des motorisierten Individualverkehrs, aber kein Veloweg geplant			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 62 Stimmen zu.

**1493. Antrag 155.**

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Shaibal Roy (GLP):** Wir beantragen, dass bei den Ersatzbeschaffungen auf einige Fahrzeuge wie etwa Kleinlastwagen verzichtet wird. Weiter soll 2016 auf gewisse Fahrzeuge für Reparaturen und Winterdienst und zwei Dienstfahrzeuge des Werkhofleiters verzichtet werden. Es stehen immer noch 30 % mehr Mittel zur Verfügung als 2014.

**Florian Utz (SP):** Die Minderheit der RPK hat Vertrauen, dass der Stadtrat das Konto vernünftig budgetiert hat und hier nicht unnötig Geld ausgibt.

Weitere Wortmeldungen:

**Roger Liebi (SVP):** Das Verhalten der SP ist nicht konsequent. Sie will Strassenprojekte wegstreichen. Gleichzeitig winkt sie Ersatzbeschaffungen von Fahrzeugen, die für den Unterhalt der Strassen vorgesehen sind, einfach so durch. Ich kann in dieser Budgetdebatte einiges nicht nachvollziehen.

**Roger Tognella (FDP):** Wir haben einen Fuhrpark mit einer sehr hohen Erneuerungskadenz. Man hat den Eindruck, dass jede Hauptstrasse in Zürich über ihren eigenen Schneepflug verfügt. Die Gemeinde leistet sich hier etwas, was sehr teuer ist. Der Kürzungsantrag von 200 000 Franken wird deshalb auch keine Rolle spielen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

**STR Filippo Leutenegger:** *Wenn die 200 000 Franken gestrichen werden, können wir damit leben. Ich verstehe jedoch die kryptische Argumentation nicht. Einige Wagen, insbesondere die kleineren Schneeräumungsfahrzeuge, müssen aus mechanischen Gründen dringend ersetzt werden. Ich wäre froh, wenn dort keine Bedingungen gestellt würden und wir diejenigen Fahrzeuge ersetzen könnten, welche auch wirklich ersetzt werden müssen.*

S. 254	35 3515 561000	<b>TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT</b> <b>Tiefbauamt</b> <b>Anschaffungen von Maschinen, Geräten und Fahrzeugen</b>			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
					Stimmen
155.	Antrag Stadtrat			1 530 000	Minderheit Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP)
			200 000	1 330 000	Mehrheit Shaibal Roy (GLP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
		Begründung:	Auf die Ersatzbeschaffungen einiger Fahrzeuge (z. B. ein Kleinlastwagen/Lieferwagen - für Reparaturen, Unterhalt und Winterdienst, einem Pick-up und zwei Dienstfahrzeugen für die Werkhofleiter) soll im Jahr 2016 verzichtet werden		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 64 gegen 61 Stimmen zu.

#### Antrag 156.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

**Dr. Urs Egger (FDP):** *Es geht um das Globalbudget und die Umsetzung der Sammelkürzungen, die wir bereits zu Beginn diskutiert haben, Kontogruppen 3091, 3111, 3180, 3180 0208, 3189. Die Minderheit 1 beantragt eine Sammelkürzung von 20 % im Umfang von 172 100 Franken.*

**Shaibal Roy (GLP):** *Wir stellen ebenfalls einen Kürzungsantrag, der allerdings auf die Kontogruppe 3180 beschränkt ist. Wir vertrauen dem Vorsteher des TED, dass hier 14 100 Franken eingespart werden können.*





Antrag 158.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Reto Rudolf (CVP):** Ich zitiere zu diesem Antrag den Satzesatz aus der Antwort der RPK-Rückfrage: «Deshalb handelt es sich im Budget auch nur um einen abgeschätzten, eventuellen Bedarf.» Wir gehen davon aus, dass der eventuelle Bedarf nicht gegeben ist und beantragen deshalb, nicht nur die Erhöhung, sondern den gesamten Betrag von 50 000 Franken zu streichen.

**Florian Utz (SP):** Es ist speziell, wenn dem TED vorgeworfen wird, dass das Budget aufgrund einer Abschätzung erstellt wird. Über die Zukunft kann man tatsächlich nur mutmassen. Das TED hat den Bedarf auf 50 000 Franken geschätzt. Es gibt keine Indizien dafür, dass diese Abschätzung übertrieben ist oder dass ein Projekt enthalten ist, das überflüssig ist.

S. 259	35 3535 3186 0000	<b>TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT</b> Entsorgung + Recycling Zürich Abwasser Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>158.</b>	Antrag Stadtrat				50 000	Mehrheit
			50 000		0	Minderheit
						Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP) Christian Traber (CVP) Referent, Martin Bürliemann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Keine Einbindung von Dritten nötig

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 49 Stimmen zu.

---

24 / 54

Antrag 159.

Kommissionsmehrheit:

S. 266	<b>35 3550 3170 0000</b>	<b>TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Entsorgung + Recycling Zürich Abfall Reise- und Spesenentschädigungen des Personals</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>159.</b>	Antrag Stadtrat				277 500	Minderheit
			27 500		250 000	Mehrheit
						Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP) Christian Traber (CVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Shaibal Roy (GLP), Raphaël Tschanz (FDP)
		Begründung:	Budgeterhöhung reduzieren			

Reto Rudolf (CVP) zieht den Antrag der Mehrheit zurück.

Damit ist dem Antrag der Minderheit stillschweigend zugestimmt.

Antrag 160.

Kommissionsmehrheit:

**Walter Angst (AL):** *In der Stellungnahme des Gemeindeamts zur Rechnung ist zu entnehmen, dass die Rechtsgrundlage für zusätzliche Abschreibungen nicht gegeben ist. Der Stadt wurde zwar noch eine Übergangsfrist bis zur Einführung von HRM2 gewährt. Doch im Hinblick auf die Diskussionen, die in der Kommission über die Reduktion der Gebühren geführt werden, scheint es uns sinnvoll, dass man mit korrekten Zahlen budgetiert.*

S. 267	<b>35 3550 3320 0000</b>	<b>TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Entsorgung + Recycling Zürich Abfall Zusätzliche Abschreibungen auf Investitionen und Sachgütern des Verwaltungsvermögens</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>160.</b>	Antrag Stadtrat				14 085 000	Minderheit
						Shaibal Roy (GLP) Referent



25 / 54

14 085 000

0 Mehrheit

Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)

Begründung: Vorgabe Gemeindeamt (Revisionsbericht Finanzkontrolle Stadt Zürich)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 123 gegen 0 Stimmen zu.

---

#### Gemeinsame Behandlung der Anträge 161. und 162.

Kommissionsmehrheit:

**Niklaus Scherr (AL):** *In dem im September vorgelegten Budget war vorgesehen, die Gebühren von ERZ Abfall um die Infrastrukturpreise um 50 % zu reduzieren. In der Weisung, die der Stadtrat im Oktober dem Gemeinderat vorlegte, war nur noch eine Reduktion von 20 % vorgesehen. Wir wollten wissen, wie das zustande kam. Wir haben vom Vorsteher des TED eine Antwort erhalten, die wie folgt lautet: «Der Auftrag, das Budget von ERZ Abfall mit einem Bonus von 50 % zu erstellen, stammt von ERZ. Dies wurde auch vom Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements unterstützt. Entsprechend wurde das Budget vor der Erstellung der erwähnten Weisung fertiggestellt. b) Die Weisung wurde im Stadtrat diskutiert, wobei der Stadtrat anschliessend den Bonus auf 20 % reduziert hat. c) ERZ kennt die Diskussionen im Stadtrat nicht und kann entsprechend die Frage nicht beantworten, warum so entschieden wurde.» Der Vorsteher des TED wurde offenbar im Stadtrat überstimmt. Das ist eine interessante Information. Albert Leiser (FDP) und ich hatten in einer Motion diese Reduktion verlangt. Der freisinnige Vorsteher des TED hatte die Motion in seinem Geiste umsetzen wollen. Er erzählte mir an der Kommissionsitzung dann aber, der Chef des ERZ habe sehr vorsichtig budgetiert und einen etwas zu grossen Betrag eingetragen. Wir sind um des Friedens willen bereit, unseren Antrag zurückzuziehen, weil in der Kommission ein Antrag gestellt wurde, die Reduktion, so wie sie von Stadtrat Filippo Leutenegger ursprünglich beantragt wurde, umzusetzen. Wir werden versuchen, in der Kommission die nötigen Mehrheiten dafür zu finden und auf ein Vorgeplänkel im Gemeinderat verzichten.*

26 / 54

S. 269	<b>35</b> <b>3550</b> <b>4340 0000</b>	<b>TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT</b> <b>Entsorgung + Recycling Zürich Abfall</b> <b>Benutzungsgebühren und Dienstleistungen</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>161.</b>	Antrag Stadtrat				-100 062 200 Minderheit -9 113 400 N	Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP)
				9 113 400	-100 062 200 Mehrheit	Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
					Enthaltung	Felix Moser (Grüne)
			Begründung: Ursprünglich vorgesehene Reduktion um 50 statt 20 %			

Niklaus Scherr (AL) zieht den Antrag der Mehrheit zurück.

Damit ist dem Antrag der Minderheit stillschweigend zugestimmt.

Antrag 162.

Wortmeldungen siehe Antrag 161.

S. 269	<b>35</b> <b>3550</b> <b>4800 0000</b>	<b>TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT</b> <b>Entsorgung + Recycling Zürich Abfall</b> <b>Entnahme aus dem Ausgleichskonto der Spezialfinanzierung</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>162.</b>	Antrag Stadtrat				-37 520 400 Minderheit 9 113 400 N	Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP)
			4 971 600		-33 378 600 Mehrheit	Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
					Enthaltung	Felix Moser (Grüne)
			Begründung: Anpassung wegen Verzicht auf zusätzliche Abschreibungen und höhere Gebührenreduktion			

Niklaus Scherr (AL) zieht den Antrag der Mehrheit zurück.



*Sinn. Wir wollen aber nicht alles streichen und nur den Schneepflügen überlassen, sondern verlangen lediglich eine kleine Reduktion.*

**Martin Bürlimann (SVP):** *Wir vertrauen dem Stadtrat und den entsprechenden Dienstabteilungen, dass Salz nur wo nötig eingesetzt wird. Das Bewusstsein ist vorhanden. Man muss auch auf die Unfallgefahr hinweisen. Es sollte bei den Treppen und an steilen Stellen gesalzen werden. An flachen Stellen kann durchaus mehr auf Weissräumung gesetzt werden. Dies wird auch bereits so umgesetzt. Zu diesem Thema wurden auch bereits verschiedene Postulate eingereicht. Wir haben das in den Kommissionen schon ausführlich diskutiert. Die Salzkosten werden jährlich berechnet. Bei einem schneereichen Winter wird jeweils ein Zusatzkredit beantragt. Vielleicht könnte man einmal einen mehrjährigen Durchschnitt berechnen. Dann hätten wir einen konstanten Betrag im Budget, der sich im Durchschnitt einpendeln würde. In vorliegendem Fall aber ist die Kürzung nicht notwendig.*

Weitere Wortmeldungen:

**Roger Liebi (SVP):** *Dass die Winter immer wärmer werden, hat nicht in jedem Fall einen Zusammenhang mit dem Schneefall. Gerade 2015 fiel so viel Schnee, dass ein Zusatzkredit beantragt werden musste, da mehr gesalzen werden musste. In Witikon beispielsweise gab es lange nicht mehr so viel Schnee wie 2015. Ohne Salzen geht es dort nicht.*

**Dr. Urs Egger (FDP):** *Ab einem gewissen Alter muss man sich im Schnee etwas vorsichtiger bewegen. Ich möchte für diese Altersgruppe eine Lanze brechen. Wird nicht gesalzen, wird die Infrastruktur unserer Spitäler überbelastet. Die Notaufnahme würde vermutlich zusammenbrechen. Im Namen der älteren Bevölkerung dürfen wir uns das nicht bieten lassen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

**STR Filippo Leutenegger:** *Das Thema wird praktisch jedes Jahr diskutiert. Es gibt offenbar einen Deal zwischen TED und Gemeinderat, dass stets das Minimum budgetiert wird und bei einer erhöhten Schneemenge ein Zusatzkredit gesprochen wird. Wenn es eisig ist, trifft es nicht nur die älteren Menschen, sondern auch die Velofahrer. Wenn wir nicht salzen, gibt es Reklamationen und Unfälle. Ich erhalte relativ viele Reklamationen, es sei zu wenig gepfadet, es sei eisig. Ich bin froh, wenn ich konkrete Hinweise erhalte, wenn wir an einem bestimmten Ort zu viel salzen. Mit dem Budget allein ist es aber nicht getan. Wir haben auch Pflichten, die wir bei der Schneeräumung erfüllen müssen. In der Realität spielt die Kürzung deshalb keine grosse Rolle. Wenn es mehr schneit und eisig ist, brauchen wir nun mal mehr Salz und dann wird ein Zusatzkredit beantragt werden.*

29 / 54

S. 276	<b>35</b> <b>3560</b> <b>3131 0000</b>	<b>TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT</b> <b>Entsorgung + Recycling Zürich Stadtreinigung</b> <b>Materialien für den baulichen Unterhalt</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>164.</b>	Antrag Stadtrat				300 000	Minderheit
			50 000		250 000	Mehrheit
						Enthaltung
						Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP) Vizepräsident Walter Angst (AL)
			Begründung: Salzverbrauch reduzieren durch mehr Weissräumung			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 49 Stimmen zu.

### Antrag 165.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Urs Egger (FDP):** *Maschinen, Geräte und Fahrzeuge müssen gewartet werden. Mit der Modernisierung der Fahrzeuge sinkt jedoch der Unterhaltsaufwand. Die moderne Technologie erlaubt einen längeren Rhythmus. Wir beantragten deshalb eine Senkung dieses Aufwands um 200 000 Franken.*

**Felix Moser (Grüne):** *Die Kosten sind im vergangenen Jahr angestiegen, weil mittlerweile eine korrekte Verrechnung stattfindet. Früher wurden die Infrastrukturkosten des Werkstattbetriebs Wallisellen über ERZ Abwasser verrechnet. Nun werden sie korrekt über ERZ Stadtreinigung verrechnet. Den Aufwand um 200 000 Franken zu kürzen, scheint uns nicht angebracht.*

S. 276	<b>35</b> <b>3560</b> <b>3151 0000</b>	<b>TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT</b> <b>Entsorgung + Recycling Zürich Stadtreinigung</b> <b>Unterhalt Maschinen, Geräte, Fahrzeuge</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>165.</b>	Antrag Stadtrat				2 747 500	Mehrheit
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)

30 / 54

200 000

2 547 500 Minderheit

Dr. Urs Egger (FDP)  
Referent, Martin Bürlimann  
(SVP), Roger Liebi (SVP),  
Christian Traber (CVP),  
Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Aufwand um Fr. 200 000 senken

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 49 Stimmen zu.

### Antrag 166.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Eva Hirsiger (Grüne):** Es geht um die Badetücher-Aktion. Die konventionelle Baumwollproduktion ist ökologisch katastrophal. Eine Katastrophe sind oft auch die Arbeitsbedingungen in den Textilfabriken. Die Minderheit beantragt deshalb eine Erhöhung um 5000 Franken für fair produzierte Badetücher aus biologischer Baumwolle.

**Martin Bürlimann (SVP):** Gegen die Aktion an sich spricht nichts. Die Erhöhung um 5000 Franken ist aber völlig überflüssig. Das Bewusstsein ist da, dass nicht das Billigste vom Billigen eingekauft wird. Man achtet darauf, was man einkauft. Aus meiner Sicht handelt es sich hier um einen Pseudovorstoss, damit sich die Grünen präsentieren können.

Weitere Wortmeldung:

**Roger Liebi (SVP):** Der Antrag passt zu den Grünen. Die Begründung jedoch, dass Badetücher aus fairtrade-Baumwolle angeschafft werden sollen, damit sie wie aufgeführt „nachhaltig Freude bereiten“, gehört für mich dann schon eher in die esoterische Ecke. Die Mitarbeitenden der Verwaltung sollten selber wählen, welche Tücher sie benutzen.

S. 277 35  
3560  
3180 0000

**TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT**  
Entsorgung + Recycling Zürich Stadtreinigung  
Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
166.	Antrag Stadtrat		3 096 500 Mehrheit	Martin Bürlimann (SVP) Referent, Vizepräsident Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)

31 / 54

5 000 3 101 500 Minderheit Felix Moser (Grüne)  
Referent, Präsidentin  
Rebekka Wyler (SP),  
Andrea Nüssli (SP), Florian  
Utz (SP)

Begründung: Badetücher aus biologischer und fairtrade-Baumwolle anschaffen, damit sie nachhaltig Freude bereiten

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 59 gegen 56 Stimmen zu.

Antrag 167.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Shaibal Roy (GLP):** Wir beantragen, dass bei den Anschaffungen von Maschinen, Geräten und Fahrzeugen mit einer verzögerten Anschaffung gearbeitet wird und der Aufwand entsprechend um 250 000 Franken reduziert wird.

**Florian Utz (SP):** Auch hier hat die Minderheit das Vertrauen in die Budgetierung des TED-Vorstehers. Es werden in diesem Antrag nicht konkrete Maschinen, Geräte oder Fahrzeuge genannt, die nicht beschafft werden sollten. Dass man etwas erst im Januar statt im Dezember beschafft, ist möglich. Günstiger wird es aber dadurch auch nicht.

S. 278	<b>35</b> <b>3560</b> <b>500002</b>	<b>TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT</b> <b>Entsorgung + Recycling Zürich Stadtreinigung</b> <b>Anschaffung Maschinen, Geräte, Fahrzeuge</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>167.</b>	Antrag Stadtrat				1 450 000	Minderheit
			250 000		1 200 000	Mehrheit
						Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP)
						Shaibal Roy (GLP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Aufwand um Fr. 250 000 senken

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 62 Stimmen zu.

Antrag 168.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Florian Utz (SP):** *Es geht um den Anteil der ökologischen Flächen, der im Globalbudget von Grün Stadt Zürich ausgewiesen wird. Der Anteil beträgt heute 10,2 %. Der Stadtrat hat sich das Ziel gesetzt, dass 10 % der Fläche ökologisch wertvoll sein soll. Diese Prozentzahl stellt gegenüber den erwähnten 10,2 % eine Senkung dar. Dass man sich selber eine wenig ambitionöse Zielvorgabe setzt, hält die Mehrheit der RPK nicht für sinnvoll. Es wäre nicht realistisch, den Wert in einem Jahr von 10,2 % auf 12 % oder 20 % zu erhöhen. Doch eine Zielvorgabe, die ganz leicht über dem Ist-Zustand angesetzt ist, wäre angemessen. Wir beantragen, dass der Wert auf 10,5 % statt 10,0 % festgelegt wird.*

**Martin Bürlimann (SVP):** *Die Aussage von Florian Utz (SP) ist nicht ganz korrekt. Der Anteil an ökologisch wertvollen Flächen liegt bei 10,2 %. Das Ziel von Grün Stadt Zürich ist es, die Biodiversität zu fördern. Aus diesem Grund wurde der Zielwert „mindestens 10 %“ definiert. Das ist auch entsprechend festgehalten. Der Zielwert entspricht der Formulierung aus der Motion Nagel/Kisker 2010/72. Diese war die Grundlage für die Steuerungsgrösse. Vier Jahre nach der Motion kommt nun von den Grünen ein punktueller Budgetantrag, der diesen aus der Motion entstandenen Wert erhöhen will. Das ist ein seltsames Vorgehen. Man müsste nochmals eine zweite Motion machen, um den Wert zu erhöhen. Abgesehen davon würden die Kosten mit einer Erhöhung des Werts massiv steigen. Im Vergleich zu anderen Städten ist 10 % ein sehr guter Wert. Wir haben relativ wenig Verständnis für diesen Antrag. Wenn es eine Möglichkeit gibt, den Wert zu erhöhen, wird Grün Stadt Zürich diese sicherlich nutzen.*

Weitere Wortmeldungen:

**Florian Utz (SP):** *Es ist Sinn und Zweck einer Steuerungsvorgabe, dass der Gemeinderat bei jedem Budget die Steuerungsvorgabe festlegen kann und man nicht eine neue Motion einreichen muss, nach der es dann wieder 2 Jahre dauert, um die Steuerungsvorgabe zu ändern. Es war auch Sinn und Zweck der Motion, dass wir dieses Instrument zur Verfügung erhalten. Wenn wir das Instrument nun nutzen, ist das genau im Sinn und Zweck der Motion.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

**STR Filippo Leutenegger:** *Ich sehe dies etwas anders als Florian Utz (SP). Wir weisen derzeit rund 560 Hektaren ökologisch wertvolle Flächen aus. Man wird auch im Rahmen der Verdichtung, der Überbauungen in nächster Zeit alle Hände voll damit zu tun haben, die 10 % aufrecht zu erhalten. Wir haben mit Grün Stadt Zürich in der Kommission intensiv an diesem Thema gearbeitet. Man kann nicht einfach an den Prozenten herumschrauben. Es sind komplexe Zusammenhänge, die enorme Kosten auslösen. In der*



*Stadt würde die Erhöhung etwa 17 Hektaren an zusätzlichen ökologisch wertvollen Flächen entsprechen. Wir können diese Flächen nicht erfinden. Die Bedingung kann in den nächsten Jahren nicht erfüllt werden. Es braucht Jahre. Es kostet uns zwischen 400 000 und 600 000 Franken, wenn wir diese Vorgabe erfüllen wollen. Es scheint mir seltsam, dass die RPK in ein derart komplexes Gebilde eingreift und ein halbes Prozent Erhöhung verlangt. Ich empfehle, das Anliegen ordentlich in die Fachkommission einzubringen. Ich setze mich sehr dafür ein, dass wir an diesem Thema arbeiten. Im Rahmen der Budgetdiskussion eine derart komplexe Steuerungsgrosse zu verändern, wäre aber ein Schnellschuss.*

S. 279 **35**  
**3570**  
**PG 1**

**TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT**  
**Grün Stadt Zürich**  
**Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / D Steuerungsvorgaben**

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>168.</b> Antrag Stadtrat			Minderheit	Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Die Mehrheit der RPK beantragt, die Steuerungsvorgabe «Anteil ökologisch wertvoller Fläche im Siedlungsraum» auf 10,5 % festzulegen.		Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP)
			Enthaltung	Vizepräsident Walter Angst (AL)

Begründung: Der Anteil der ökologisch wertvollen Flächen soll nicht gesenkt werden

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 65 gegen 57 Stimmen zu.

### Antrag 169.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Simon Kälin (Grüne):** *Die Laubbläser stellen in der gesamten Stadt immer wieder ein grosses Ärgernis dar. Sie sind störend laut und nur von beschränkter Effizienz, zum Beispiel auf nassen Strassen, wo Laubblätter und andere Schmutzpartikel sehr gut haften bleiben. Die Arbeit mit dem Besen ist wesentlich einfacher und effizienter. Man muss zwischen Laubbläsern mit Verbrennungsmotor und elektrisch betriebenen Geräten unterscheiden. Zwar sind die elektrischen Laubbläser energetisch effizienter als solche mit einem Verbrennungsmotor, doch im Vergleich zum Besen sind auch die elektrischen Geräte nur beschränkt effizienter und erzielen kaum die erwünschte Reinigungswirkung. Die lauten und gleichzeitig unregelmässigen Geräusche bewirken eine besonders starke Lärmbelastung der Umgebung. Die starken Luftströme des Laubbläfers sind zudem ein hygienisches Problem, weil zahlreiche Bakterien und Viren in die Luft hochgewirbelt*

werden. Auch werden Klein- und Kleinstlebewesen auf dem Boden beeinträchtigt. Immer mehr werden die Laubbläser auch ausserhalb des Herbstes benutzt. Die Technologie der Geräte ist ausserdem bei Weitem noch nicht ausgereift. Wir sind gegen die Neubeschaffung von technologisch nicht ausgereiften Geräten mit ihren umweltschädlichen Folgen.

**Roger Tognella (FDP):** Analog zur Haltung der Grünen zum Thema Verkehrslärm müsste man nun hier zum Schluss kommen, dass man das Übel an der Wurzel packen muss: Nicht der Laubbläser ist das Problem, sondern der Baum. Die Laubbläser werden inzwischen elektrisch betrieben. Deshalb sind sie weniger leistungsfähig. Bei feuchtem Boden bringt man die Blätter dann tatsächlich nicht mehr vom Platz. Hauswarte, die täglich damit zu tun haben, wissen hier aber sicherlich besser Bescheid als wir.

Weitere Wortmeldungen:

**Roger Liebi (SVP):** Das Votum der Grünen hat uns nicht überzeugt. Wir wechseln von der Mehrheit zur Minderheit.

**Dr. Mario Babini (parteilos):** Ich hätte einen Verbesserungsvorschlag, wie nicht nur mehr Ruhe erzielt werden kann, sondern auch noch zusätzliche Kosten eingespart werden können: Für die Arbeit mit den Besen könnten Asylbewerber eingesetzt werden.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

**STR Filippo Leutenegger:** Ich bin völlig einverstanden, Laubbläser nerven, insbesondere diejenigen mit dem Verbrennungsmotor. Es geht aber nicht ganz ohne Laubbläser. Wenn wir einen Laubbläser ersetzen wollen, brauchen wir dafür 3 Besen und 3 Personen, die diese Besen bedienen. Wir würden für den Herbst temporär 160 Mitarbeiter mehr benötigen. Das sind zusätzliche Ausgaben. Derzeit sind im Übrigen vor allem elektrische Laubbläser im Einsatz, ausser an den Orten, wo keine elektrischen Anschlüsse vorhanden sind.

S. 279	<b>35</b> <b>3570</b> <b>PG 2</b>	<b>TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT</b> <b>Grün Stadt Zürich</b> <b>Laufende Rechnung: Produktegruppen-Globalbudget / Saldo</b>
--------	---	--

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
<b>169.</b>	Antrag Stadtrat		56 669 900	Minderheit	Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP)

35 / 54

80 000

56 589 900 Mehrheit

Felix Moser (Grüne)  
Referent, Präsidentin  
Rebekka Wyler (SP),  
Vizepräsident Walter Angst  
(AL), Martin Bürlimann  
(SVP), Roger Liebi (SVP),  
Andrea Nüssli (SP), Florian  
Utz (SP)

Begründung: Keine neuen Beschaffungen von Laubbläsern

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 62 gegen 62 Stimmen gemäss dem Stimmverhalten des Ratspräsidenten zu.

---

#### Antrag 170.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

**Dr. Urs Egger (FDP):** Die FDP hat ursprünglich zusammen mit der CVP und der SVP eine Kürzung von 20 % auf den aufgeführten Kontogruppen vorgeschlagen. Wir ziehen diesen Antrag nun zurück und wechseln zur Minderheit 2.

**Shaibal Roy (GLP):** Wir beantragen entsprechend den Tabellenkürzungen eine Kürzung um 10 % auf den Kontogruppen Personalwerbung, Druckreproduktionskosten, Dienstleistungen Dritter und Entschädigungen für Projektbegleitung Dritter. Der Betrag entspricht rund 1 % des Globalbudgets. Das ist durchaus umsetzbar.

**Felix Moser (Grüne):** Wenn man die Globalbudgets inhaltlich steuern will, übersteuert man die Steuerungsgrössen. Wenn man Dienstleistungen Dritter kürzen will, müsste man sich eine Steuerungsgrösse in diese Richtung einfallen lassen. Doch so macht das keinen Sinn. Wir befürchten, dass Grün Stadt Zürich nicht nur bei den Dingen sparen müssten, die nun als überflüssig dargestellt wurden, sondern auch bei Leistungen.

Weitere Wortmeldung:

**Dr. Urs Egger (FDP):** Ich möchte darauf hinweisen, dass es konkret um eine Saldoverbesserung geht.

36 / 54

S. 279	<b>35</b> <b>3570</b> <b>Saldo</b>	<b>TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT</b> <b>Grün Stadt Zürich</b> <b>Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo</b>			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>170.</b>	Antrag Stadtrat			76 934 900	Mehrheit Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
		2 162 700		74 772 200	Minderheit 1 Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
		839 700		76 095 200	Minderheit 2 Shaibal Roy (GLP) Referent
		Begründung: FDP: Kürzung Saldo um 20 % analog Sammelkürzungen zu den Kontogruppen 3091, 3107, 3111, 3180, 3186, 3189; GLP: Kürzung Saldo um 10 % analog Sammelkürzungen auf den Kontogruppen 3092, 3101, 3180, 3186			

Dr. Urs Egger (FDP) zieht den Antrag der Minderheit 1 zurück.

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit 2 mit 63 gegen 62 Stimmen zu.

Antrag 171.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Shaibal Roy (GLP):** Es geht um die Anschaffung von Maschinen, Geräten und Fahrzeugen bei Grün Stadt Zürich. Wir streben hier an, dass mit einer verzögerten Anschaffung gearbeitet wird. Beim vorliegenden Konto ist zusätzlich spezifisch zu erwähnen, dass der Aufwand auch nach einer Kürzung von 200 000 Franken immer noch deutlich unter dem Langjahresschnitt liegen wird.

**Florian Utz (SP):** Ich kann im Wesentlichen auf unsere bisherigen Stellungnahmen zu den analogen Konten verweisen. Bei diesem Konto gibt es im Gegensatz zu den anderen, vorhin erwähnten Konten, auch keine Hinweise darauf, dass die Maschinen oder Fahrzeuge, die neu beschafft werden sollen, sehr neu wären. Wir unterstützen hier deshalb den Antrag des Stadtrats.



37 / 54

S. 280	35 3570 55061000	<b>TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT</b> <b>Grün Stadt Zürich</b> <b>Anschaffung Maschinen, Geräte, Fahrzeuge</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
171.	Antrag Stadtrat				1 000 000 Minderheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP)
			200 000		800 000 Mehrheit	Shaibal Roy (GLP) Refe- rent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
						Begründung: Aufwand um Fr. 200 000 senken

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 62 Stimmen zu.

## HOCHBAUDEPARTEMENT

### Antrag 172.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Raphaël Tschanz (FDP):** Es geht um die Personalwerbung beim Amt für Städtebau. Das Konto wurde schon bei den tabellarischen Anträgen behandelt, allerdings nicht in Bezug auf diese Dienstabteilung. Deshalb wollen wir den Antrag aufrechterhalten. Wir sind der Meinung, dass die Stelleninserate digital aufgeschaltet werden sollten. Firmen inserieren heutzutage nicht mehr auf Papier. Auch eine öffentliche Verwaltung könnte darauf verzichten.

**Andrea Nüssli (SP):** Die Ausgaben im Bereich Personalwerbung sind in den letzten Jahren massiv gesunken. Man hat vermehrt digital inseriert. Doch im Amt für Städtebau sind spezielle Fachstellen zu besetzen. Für diese muss man in entsprechenden Fachzeitschriften publizieren, um die richtigen Personen anzusprechen und Spezialistinnen und Spezialisten zu finden.



38 / 54

S. 286	<b>40</b>	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT</b>				
	<b>4015</b>	<b>Amt für Städtebau</b>				
	<b>3092 0000</b>	<b>Personalwerbung</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>172.</b>	Antrag Stadtrat				60 000 Mehrheit	Andrea Nüssli (SP) Referentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
			10 000		50 000 Minderheit	Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP)
					Enthaltung	Shaibal Roy (GLP)
			Begründung: Werbung digital und zurück auf Rechnung 2014			

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 62 gegen 62 Stimmen gemäss dem Stimmverhalten des Ratspräsidenten zu.

---

### Antrag 173.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Shaibal Roy (GLP):** Für den Erhalt des Fotobestandes des baugeschichtlichen Archivs sind offenbar beträchtliche Mehrausgaben erforderlich. Beim vorliegenden Antrag geht es um die Stiftung, die gegründet werden soll, um die Fotobestände zu erhalten. Wir anerkennen, dass es beim Fotobestand um ein zu erhaltendes Kulturgut geht. Deshalb stellen wir auch nicht bei der Finanzierung der sofortigen Erhaltungsmassnahmen einen Antrag. Das Argument, dass mit der Stiftungsgründung Drittmittel generiert werden können, trifft sicherlich zu. Durch die Nutzung von Synergien von existierenden Foto- und Stadtarchiven hätte man aber eine wesentlich effizientere und kostengünstigere Lösung finden können.

**Andrea Nüssli (SP):** Shaibal Roy (GLP) hat soeben alle Argumente geliefert, warum es Sinn macht, eine Stiftung zu gründen. Die Mehrheit hält die Idee des Stadtrats mit der Stiftung für eine gute Idee und unterstützt diese.

Weitere Wortmeldung:

**Reto Vogelbacher (CVP):** Die Fotobestände sind sehr wertvoll. Die Fotos müssen aufgearbeitet und digitalisiert werden. Das hat nichts mit Denkmalschutz zu tun. Man will aufzeigen, wie die Gebäudeentwicklungen in der Stadt verliefen. Mit der Gründung einer Stiftung kommt man leichter an Gelder von Privaten, die keine Beiträge leisten würden,

wenn alles bei der Stadt bleiben würde. Man könnte beispielsweise auch Gelder vom Lotteriefonds erhalten. Die CVP schliesst sich der Mehrheit an.

S. 288	<b>40 4015 3650 0000</b>	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT Amt für Städtebau Beiträge an private Unternehmungen</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>173.</b>	Antrag Stadtrat				100 000	Mehrheit
			100 000		0	Minderheit
						Enthaltung
						Andrea Nüssli (SP) Refe- rentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP) Shaibal Roy (GLP) Refe- rent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP) Christian Traber (CVP)
						Begründung: Die Notwendigkeit der Stiftungsgründung bzw. der daraus resultierenden Einsparungen ist nicht ersichtlich

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 49 Stimmen zu.

---

Gemeinsame Behandlung der Anträge 174. und 175. (Postulat GR Nr. 2015/387)

Kommissionsreferent:

**Raphaël Tschanz (FDP):** *Der Stadtrat hat bei der Schaffung von Planstellen 3 Stellen von der IMMO zum Amt für Hochbauten verschoben und beantragt zusätzlich 5 Stellen im Amt für Hochbauten. Das sind insgesamt 8 Stellen. Eine Kürzung von 1,5 Stellen wäre aus Sicht der RPK durchaus zu bewältigen. Ausserdem wurde auf dem Konto 3182, Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter, bereits eine Kürzung beschlossen. Somit ist auch hier weniger Personal für diese Projekte notwendig.*

S. 289	<b>40 4020 3010 0000</b>	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT Amt für Hochbauten Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>174.</b>	Antrag Stadtrat				14 675 400 420 900 N	





Antrag 177.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Walter Angst (AL):** Im Amt für Hochbauten haben wir verschiedene Konten, aus denen wirtschaftlich nicht finanzierbare, in Bauprojekte überwälzbare energetische Projekte finanziert werden können. Beim ersten Konto handelt es sich um allgemeine Studien. Dort wird überprüft, wie mit einer Optimierung eines Bauprozesses oder baulichen Massnahmen ein Beitrag zur 2000-Watt-Gesellschaft realisiert werden könnte. Im letzten Jahr konnten die Ausgaben auf eine halbe Million Franken reduziert werden. Die Ausgaben waren in den Vorjahren teilweise erheblich höher. Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass eine weitere Reduktion erfolgen soll. Die Verwaltung argumentiert zwar, dass die Verwaltungskosten dieses Kontos höher seien als das, was man nachher damit realisieren könne. Dennoch ist die Mehrheit der RPK der Meinung, dass man es ein zweites Jahr mit einem angepassten Betrag versuchen sollte. Es geht generell um die Frage, wie viele Zusatzinvestitionen wir uns für die Realisierung der 7-Meilenschritte leisten können. Man kann dann im nächsten Jahr entscheiden, ob der Kredit wieder erhöht werden soll.

**Matthias Probst (Grüne):** Es handelt sich dabei nicht um ein Investitionskonto zur Realisierung bestimmter Bauprojekte, sondern um Grundlagenforschung, die man anschliessend auch auf andere Bauprojekte anwenden kann. In einem normalen Kredit für eine Liegenschaft sind diese Kosten nicht abgedeckt. Durch die Forschung soll herausgefunden werden, wie kostengünstiger 2000-Watt-konforme Häuser erstellt werden können. Es wird geforscht, wie Preise für die dringend notwendigen energetischen Massnahmen gesenkt werden können. Es können dadurch Dinge herausgefunden werden, die in Zukunft nützlich angewendet werden können. Eine Kürzung würde verhindern, dass wir uns weiterbewegen können. Langfristig kann viel Geld gespart werden, in dem die Stadt Zürich in die Grundlagen investiert.

S. 290		40		HOCHBAUDEPARTEMENT					
		4020		Amt für Hochbauten					
		3141 0200		Energetische/Ökologische Sanierungsmassnahmen in Liegenschaften des Verwaltungsvermögens					
				Verbesserung		Verschlechterung		Betrag	
								Stimmen	
177.	Antrag Stadtrat					1 000 000	Minderheit		Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
				500 000		500 000	Mehrheit		Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Martin Bürliemann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Zurückhaltender Mitteleinsatz

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 66 gegen 59 Stimmen zu.

---

### Antrag 178.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Walter Angst (AL):** *Es geht um einen Rahmenkredit bezüglich Energiesparmassnahmen in städtischen Liegenschaften. Mit diesem Rahmenkredit kann der Stadtrat Ausgaben im Nachhaltigkeitsbereich finanzieren, welche nicht gebunden wären und über 2 Millionen Franken liegen würden, ohne dass dem Gemeinderat dafür eine Vorlage unterbreitet werden muss. Diese Situation haben wir nun in der Spezialkommission in Zusammenhang mit dem Tramdepot Elisabethenstrasse diskutiert. Die Fragestellung ist, wie viel Geld wir dem Rahmenkredit jährlich entnehmen wollen und wie lange er ausreichen soll, um zusätzliche Massnahmen, die ökonomisch im Moment noch nicht nachhaltig sind, zu finanzieren. Der Beitrag war in den ersten Jahren relativ bescheiden. In den letzten Jahren stieg er stark an, wohl auch im Zusammenhang mit der enormen Menge an Sanierungen, die derzeit stattfinden. Insgesamt stellt sich aber für den Gemeinderat die Frage, wie viel Geld er jährlich über den Budgetkredit zur Verfügung stellen will, um solche Massnahmen zu finanzieren. Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass man hier eine langfristige Strategie verfolgen soll, damit der Rahmenkredit über 18 Millionen Franken ein paar Jahre länger hält. Der Stadtrat hat einen erheblich höheren Beitrag beantragt. Die Mehrheit beantragt, wieder auf das Mittel der letzten 5 Jahre zurückzugehen.*

**Matthias Probst (Grüne):** *Es geht hier nicht einfach um Renovationen von Liegenschaften. Das erwähnte Tramdepot würde nicht unter diesen Kredit fallen. Mit dem Kredit können Massnahmen finanziert werden, die sonst nicht realisiert würden, weil sie zurzeit noch nicht wirtschaftlich sind, in Zukunft aber durchaus lukrativ werden könnten. Finanziert werden zum Beispiel eine Biogasanlage, der Einsatz von LED-Leuchten oder eine PV-Anlage mit Dünnschichttechnologie. Diese Projekte sind nah an der Wirtschaftlichkeit. Die Stadt täte gut daran, diese Projekte in einem Markt von sehr innovativen Technologien weiter zu fördern. Wir machen uns damit fit für die Zukunft. Wenn der Rahmenkredit aufgebraucht ist, wird der Gemeinderat wohl rasch einen neuen Rahmenkredit schaffen. Denkbar wäre dann auch eine Auswertung der bisher finanzierten Massnahmen. Bisher sieht es sehr überzeugend aus.*

Weitere Wortmeldungen:

**Niklaus Scherr (AL):** *Zum Tramdepot: Mit 3,03 Millionen Franken von den insgesamt 18 Millionen Franken des Rahmenkredits werden nicht rentable, ökologisch motivierte Investitionen für dieses Projekt finanziert. Es wurde gesagt, dass bei diesen Massnah-*



les unter dem Obergriff Energiesparmassnahmen zu vertreten, ist nicht im Sinne des Rahmenkredits. Die Ausgaben haben sich zwischen 2014 und 2016 im Vergleich zu den Ausgaben zwischen 2010 und 2013 mehr als verdoppelt. Offenbar sind die Beträge nicht auf einzelne Projekte beschränkt. Das Konto wird als Giesskannenkonto verwendet. Es wird beliebig Geld ausgegeben. Das ist unserer Meinung nach nicht sinnvoll. Wir beantragen, den Betrag wieder auf das Niveau zwischen 2010 und 2013 zu senken.

**Matthias Probst (Grüne):** Es geht um einen Rahmenkredit von 10 Millionen Franken, aus dem Energiesparmassnahmen in städtischen Wohnliegenschaften finanziert werden sollen. Vier von fünf Projekten in diesem Jahr sind Wärmepumpenprojekte. Die Massnahmen sind aus ökologischer Sicht sehr sinnvoll, aber bewegen sich nur an der Grenze zur Wirtschaftlichkeit. Wir sind deshalb sehr froh, dass der Rahmenkredit vorhanden ist und sich die Stadt auch hier für die Zukunft positionieren kann. Langfristig sparen wir auch hier viel Geld. Gebaut wird für eine sehr lange Zeit und nicht nur für die nächsten paar Jahre.

S. 291	40 4020 563020	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT</b> Amt für Hochbauten Beiträge für zusätzliche Energiesparmassnahmen in städtischen Wohnliegenschaften				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
179.	Antrag Stadtrat				3 057 000	Mehrheit
			2 145 000		912 000	Minderheit
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP)
			Begründung: Keine weitere Investition			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 43 Stimmen zu.

### Antrag 180.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Walter Angst (AL):** Wir kommen hier zu einem Antrag, der ein Problem mit der Umsetzung von Gemeinderatswünschen thematisiert. Der Stadtrat hat im Budget 2014 drei Portfoliomanagerstellen in der IMMO beantragt. Der Gemeinderat beschloss, diese drei Stellen zu streichen. Der Stadtrat beliess die Stellen aber im Stellenplan und budgetierte sie 2015 erneut. Sie wurden dann wieder entfernt. Die IMMO hat drei Stellen dem Amt

für Hochbauten für die Planung abgegeben. Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass die IMMO nicht drei Stellen zusätzlich für Projektbegleitung im Immobilienportfolio aufbauen sollte. Das Portfoliomanagement ist auf gutem Weg. Man muss aber sowohl in den Dienstabteilungen als auch in der IMMO Ressourcen aufbauen, um das komplizierte Konstrukt der Eigentümerversammlung und der IMMO noch in Gang halten zu können. Es sollte darauf geachtet werden, dass nebst der IMMO nicht auch noch in den Dienstabteilungen eine Bürokratie aufgebaut wird. Die Mehrheit der RPK möchte dem Hochbaudepartement und der IMMO beliebt machen, das Portfoliomanagement von der Verwaltung mit den bestehenden Ressourcen zu realisieren. Man sollte bei den Beschlüssen bleiben, die gefällt wurden, und die drei Portfoliomanager nicht bewilligen.

**Andrea Nüssli (SP):** In der Portfoliostrategie würden Ressourcen benötigt für die stadtweite Koordination von städtischem Raumbedarf und die Mitarbeit in Planungsteams. Das soll vorwärtsgetrieben werden. Die Minderheit der RPK ist deshalb der Meinung, dass diese Stellen bewilligt werden sollten. Die IMMO hat gezeigt, dass es nicht vorwärtsgeht, wenn sie mit den bestehenden Ressourcen arbeiten muss.

Weitere Wortmeldung:

**Shaibal Roy (GLP):** Die GLP wird zur Mehrheit wechseln. Wir haben auf dem Konto 3010 nicht die Kürzung erreicht, die wir anzielten. Die Argumentation geht in die Richtung, die wir umgesetzt haben wollen.

S. 294	<b>40</b> <b>4040</b> <b>3010 0000</b>	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT</b> <b>Immobilien Stadt Zürich</b> <b>Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>180.</b>	Antrag Stadtrat				31 985 000	Minderheit
			366 000		31 619 000	Mehrheit
						Andrea Nüssli (SP) Referentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP) Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Saldoneutrale Umsetzung des Portfolio-Managements

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 71 gegen 53 Stimmen zu.



Antrag 181.

Kommissionsreferent:

**Raphaël Tschanz (FDP):** Der Betrag wurde gemäss Antwort des Stadtrats irrtümlich ins Budget gestellt. Er ist Teil der zentralen Lohnmassnahmen. Die 17 500 Franken auf diesem Konto können gekürzt werden.

S. 294	<b>40</b>	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT</b>				
	<b>4040</b>	<b>Immobilien Stadt Zürich</b>				
	<b>3099 0000</b>	<b>Übriger Personalaufwand</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>181.</b>	Antrag Stadtrat		17 500		175 000 157 500 Zustimmung	Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christi- an Traber (CVP), Florian Utz (SP)

Begründung: Ist bereits bei den zentralen Lohnmassnahmen eingerechnet

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 123 gegen 0 Stimmen zu.

Antrag 182.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Raphaël Tschanz (FDP):** Die Minderheit beantragt auf diesem Konto eine moderate Kürzung von 100 000 Franken. Ich würde nicht, wie in der Begründung erwähnt, von einem Luxusausbau sprechen. Dennoch besteht auf dem Konto ein gewisser Spielraum. Wir beantragen deshalb die erwähnte Kürzung.

**Andrea Nüssli (SP):** Mit dieser Kürzung würde die Umsetzung des Pilots Tagesschulen Albisriederplatz und Leutschenbach verzögert. Es geht nicht um Luxusbauten. Der Objektkredit für die Tagesschulen geht auf einen Gemeinderatsbeschluss von 2014 zurück. Dieser Beschluss wiederum gründet auf einer Motion der SP und der FDP zu Tagesschulen. Ich verstehe nicht, warum die FDP die Mittel zur Umsetzung der Motion nun nicht sprechen will.



47 / 54

S. 294	<b>40</b> <b>4040</b> <b>3111 0206</b>	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT</b> <b>Immobilien Stadt Zürich</b> <b>Anschaffungen Maschinen, Geräte, Fahrzeuge: Schule</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>182.</b>	Antrag Stadtrat				720 000 Mehrheit 160 000 N	Andrea Nüssli (SP) Referentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
			100 000		780 000 Minderheit	Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP)
			Begründung: Luxusausbau nicht nötig			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 43 Stimmen zu.

---

### Antrag 183.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roger Liebi (SVP):** Es geht um den Ersatz von Tischplatten. Wir halten die Begründung für fadenscheinig. Einige Personen können hier mehr dazu sagen und werden unsere Haltung genauer ausführen. Wir beantragen eine Kürzung um 56 000 Franken.

**Felix Moser (Grüne):** Aus den Antworten von Stadtrat André Odermatt wird klar, dass die Tischplatten in regelmässigen Abständen ersetzt werden müssen. Sie sind abgenutzt. Aufgrund der uns zur Verfügung stehenden Antworten des Stadtrats ist die Mehrheit mit der Begründung des Stadtrats einverstanden.

Weitere Wortmeldungen:

**Thomas Schwendener (SVP):** Es wäre mir völlig neu, dass Tischplatten ersetzt werden müssen. Wir haben hier robuste Tischplatten, die in gutem Zustand sind. Man müsste aber auf jeden Fall schon bei der Anschaffung genau prüfen, von welchem Produzenten man welche Tischplatten bezieht. Wenn es wirklich so schlimm sein soll, kann man aber durchaus auch andere Ideen entwickeln. Um die Abnutzung zu verringern, empfehle ich der Verwaltung zum Beispiel, beim Zubehör Schreibmatten zu ergänzen, die auf die Tischplatten gelegt werden können oder die Benutzer schriftlich darauf hinzuweisen, dass sie auf einen schonenden Umgang mit den Tischplatten achten sollen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

**STR André Odermatt:** *Wir haben Planungskennzahlen und wissen aus Erfahrung, dass die Tischplatten zwei- bis dreimal ausgetauscht werden müssen. Sie werden aber nur ausgetauscht, wenn es notwendig ist. Ich höre gern, dass wir robustes Material eingekauft haben und dass gewisse Gemeinderäte derart sorgfältig mit den Tischplatten umgehen, dass sie immer noch ganz sind.*

S. 296	<b>40</b> <b>4040</b> <b>3159 0100</b>	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT</b> <b>Immobilien Stadt Zürich</b> <b>Unterhalt übrige Mobilien Verwaltung</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>183.</b>	Antrag Stadtrat				120 000	Mehrheit
			56 000		64 000	Minderheit
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP) Roger Liebi (SVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Fadenscheinige Begründung, Tischplatten müssen nicht ersetzt werden

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 63 gegen 61 Stimmen zu.

#### Antrag 184.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Shaibal Roy (GLP):** *Die Fachstelle Graffiti hat in den letzten zehn Jahren sehr gute Arbeit geleistet hat. Es sind deutlich weniger Schmierereien im öffentlichen Raum festzustellen. Offenbar wurde eine Taktik angewendet, die schnell und konsequent ist. Diese führt zu einem merklichen Erfolg. Die jahrelangen Bemühungen haben Wirkung gezeigt. Deshalb sind wir der Meinung, dass eine Kürzung um 10 % durchaus verkraftbar ist. Wir finden es auch positiv, dass Flächen zur Verfügung gestellt werden, auf denen Graffiti aktiv auf positive Weise zum Ausdruck gebracht werden können. Wir beantragen auf dem Konto eine Kürzung um 41 000 Franken.*

**Felix Moser (Grüne):** *Auf dem Konto wurde in den letzten Jahren bereits regelmässig weniger Geld eingestellt. Die Mehrheit der RPK hält es für angebracht, für einmal den gleichen Betrag wie im letzten Jahr einzustellen.*



49 / 54

Weitere Wortmeldung:

**Stephan Iten (SVP):** *Stadtpräsidentin Corine Mauch setzt sich stets für die internationale Ausstrahlung Zürichs ein. Die GLP springt stets auf diesen Zug auf, koste es, was es wolle. Wenn nun aber ein Amerikaner extra wegen eines Festivals nach Zürich reist, wollen wir ihn nicht mit verschmierten Wänden willkommen heissen. Er wird sonst schnell wieder abreisen. Die SVP will ein sauberes Zürich und lehnt den Kürzungsantrag ab.*

S. 296	<b>40</b> <b>4040</b> <b>3180 0700</b>	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT</b> <b>Immobilien Stadt Zürich</b> <b>Entschädigungen für Entfernung von Schmierereien</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>184.</b>	Antrag Stadtrat				410 000	Mehrheit
			41 000		369 000	Minderheit
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Martin Bürliemann (SVP), Roger Liebi (SVP), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP) Shaibal Roy (GLP) Referent, Vizepräsident Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung:	Angesichts der abnehmenden Anzahl Schmierereien ist eine 10-prozentige Kürzung verkraftbar		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 41 Stimmen zu.

---

Antrag 185.

Kommissionsminderheit 1:

**Raphaël Tschanz (FDP):** *Es geht um Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter. Wir hatten zu Beginn eine tabellarische Kürzung in der Höhe von 2,7 Millionen Franken. Wir sehen durchaus Potenzial für eine weitere Kürzung. Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse ziehen wir den Antrag der Minderheit 1 jedoch zurück.*

50 / 54

S. 296	<b>40</b> <b>4040</b> <b>3182 0000</b>	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT</b> <b>Immobilien Stadt Zürich</b> <b>Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>185.</b>	Antrag Stadtrat				27 148 000	Mehrheit
			7 408 000		19 740 000	Minderheit 1
			2 148 000		25 000 000	Minderheit 2
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP) Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP) Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Christian Traber (CVP)
						Begründung: SVP: Zurück auf Budget 2015; AL: Betrag nur auf 25 Millionen erhöhen

Der Antrag der Minderheit 2 wurde zurückgezogen.

Raphaël Tschanz (FDP) zieht den Antrag der Minderheit 1 zurück.

Damit ist dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zugestimmt.

### Antrag 186.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Shaibal Roy (GLP):** *Im Juli 2015 genehmigte der Stadtrat den Masterplan ZüriWC. Es sollen 16 Toiletten erneuert werden und 9 neue dazukommen. Die neuen Toiletten kosten rund 300 000 Franken. Das ist ein hoher Betrag. Daran zeigt sich wieder einmal, dass in diesem Bereich eine zu hohe Qualität angestrebt wird. Bis 2031 sieht der Stadtrat 32 Millionen Franken für sogenannte dringliche Neubauten und Sanierungen vor. Dass öffentliche WC modernen Standards entsprechen und für behinderte Menschen tauglich sein sollen, ist selbstverständlich. Es ist aber nicht nachvollziehbar, worauf die enormen Kosten zurückzuführen sind. Zudem sind die mit höchsten Standards ausgestatteten WC nicht an 365 Tagen zugänglich, sondern teilweise von November bis März geschlossen sind. Wir möchten deshalb die anstehenden WC-Projekte streichen und den Stadtrat bitten, eine kostengünstigere Lösung anzustreben. Aus dem Gemeinderat kamen hier auch bereits Vorschläge wie beispielsweise das Konzept „Nette Toilette“, bei der Restaurants ihre Toiletten kostenlos zur öffentlichen Nutzung zur Verfügung stellen.*

**Andrea Nüssli (SP):** *Beim Antrag geht es konkret um die Ziegelhütte in Schwamendingen. Grün Stadt Zürich will dort den Spielplatz und die Waldhütte sanieren. Es ist bereits alles mit der Waldkorporation aufgegleist. Die Baueingabe ist erfolgt. Es handelt sich um*

*einen attraktiven Spielplatz, der für die Schwamendinger Bevölkerung einen grossen Erholungsraum darstellt. Wird das WC-Häuschen nicht gebaut, wird zwar das Budget geschont, doch der umliegende Wald umso weniger. Das wäre nicht sinnvoll.*

Weitere Wortmeldungen:

**Reto Vogelbacher (CVP):** *Es ist unbestritten, dass es bei der Ziegelhütte eine Toilette braucht. Doch unserer Meinung nach müssten kostengünstigere Lösungen möglich sein. Beim Picknick- und Freizeitplatz Hürstholz Affoltern zum Beispiel wurde eine kostengünstige Lösung realisiert. Es muss nicht eine Luxuslösung sein.*

**Roger Tognella (FDP):** *Der Antrag hätte einen gewissen Sinn, wenn es nur um die Ziegelhütte gehen würde. Die WC-Anlage kostet aber 300 000 Franken und ist in anderen Anträgen eingebettet. Für eine seriöse Betrachtung hätte man hier zu einem früheren Zeitpunkt ansetzen müssen. Es gibt jedoch auch sachliche Gründe, weshalb wir der WC-Anlage bei der Ziegelhütte nicht zustimmen. Die Holzcorporation will die kleine Hütte, die sich dort befindet, ersetzen. In diesem Zusammenhang muss sie sich auch überlegen, wie sie die sanitären Einrichtungen realisiert. Nebenan befindet sich eine städtische Liegenschaft mit einer Scheune. Auch dort wäre der Einbau einer WC-Anlage für die öffentliche Nutzung notwendig. Bisher gibt es nur beim Restaurant Ziegelhütte eine Toilette. Diese kann im Notfall benutzt werden. Der Wirt ist sehr tolerant. In diesem Sinne gibt es momentan keinen Grund, spezifisch einen separaten Antrag zu machen. Ich bin für eine Gesamtbetrachtung des Themas. Bei der Ziegelhütte sollten Synergien geprüft werden. Man sollte die Situation nochmals anschauen und einen richtigen Vorschlag bringen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

**STR André Odermatt:** *Die angeführten Kosten beziehen sich auf Erfahrungswerte von 13 analogen Projekten, aufgrund derer man in Bezug auf die WC-Anlage an sich insgesamt auf Kosten von 300 000 bis 350 000 Franken kommt. Nötig sind aber auch komplette Gebäudeerneuerungen, die Erschliessung, technische Installationen und behindertengerechte Zugänge. Die Bauprojekte liegen nun vor. Wenn der Antrag nicht bewilligt wird, wird es an den entsprechenden Orten keine Lösung geben. In Schwamendingen wird die Waldhütte erneuert. Die Erneuerung wird mit den sanitären Anlagen kombiniert geplant werden. Der Spielplatz ist im Sommer und Herbst dicht belegt. Viele Personen stehen beim Restaurant Schlange oder weichen in den Wald aus. Das kann keine Lösung sein. Wenn die RPK der Meinung ist, man müsse beim Masterplan ZüriWC prüfen, ob die Kosten berechtigt sind, kann man das tun. Doch bei den vorliegenden, bereits aufgegebenen Bauprojekten wäre es nicht sinnvoll, diese Beträge zu kürzen. Zu den kostengünstigeren Lösungen: Gerade bei der Ziegelhütte, die im Sommer auch abends fleissig genutzt wird, braucht es vandalsichere WC-Anlagen. Wenn man dann eine günstige Anlage macht und diese alle paar Jahre ersetzen muss, ist die kostengünstigere Variante langfristig sehr viel teurer.*



52 / 54

S. 299	<b>40</b> <b>4040</b> <b>500101</b>	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT</b> <b>Immobilien Stadt Zürich</b> <b>Erwerb und Erstellung von Liegenschaften</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>186.</b>	Antrag Stadtrat				1 222 000 Minderheit	Andrea Nüssli (SP) Referentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
			422 000		800 000 Mehrheit	Shaibal Roy (GLP) Referent, Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürliemann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung:	Ein kostengünstigeres WC-Konzept wäre wünschenswert: ZüriWC Allmend Wollishofen Ersatzneubau: Streichung der Fr. 122 000; ZüriWC Ziegelhütte Neubau: Streichung der Fr. 300 000		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 70 gegen 53 Stimmen zu.

---

#### Antrag 187.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Shaibal Roy (GLP):** Es handelt sich um einen zweiteiligen Antrag. Im ersten Teil geht es um ein ZüriWC im Rütihof. Wir stellen den Standort nicht in Frage. Doch der Umbau kostet 350 000 Franken. Die Argumentation entspricht derjenigen von Antrag 186. Der zweite Teil bezieht sich auf die baulichen Anpassungen im Museum Bäregasse zur Realisierung des Schreiblabors JULL. Für bauliche Anpassungen werden 90 000 Franken benötigt, damit das, was vom Strauhof-Debakel zurückgeblieben ist, in der Bäregasse realisiert werden kann. Ohne auf den Sinn und Zweck des Schreiblabors näher einzugehen, sind wir der Meinung, dass auch ein bescheideneres Ambiente genügen würde und dies nicht in unmittelbarer Nähe des Paradeplatzes sein muss. Daher sollten die Ausgaben für Buffet, Aufenthaltszonen oder Garderoben für schreibende Jugendliche nicht unbedingt notwendig sein.

**Andrea Nüssli (SP):** Das Projekt JULL sollte realisiert werden. Die entsprechenden Anpassungen im Haus in der Bäregasse sollten so umgesetzt werden, damit der Ort nachher zweckgemäss verwendet werden kann. Die Sanierung des WC in Rütihof ist notwendig. In Randregionen, wo viele Leute auch ein WC suchen, sollten diese auch ein WC vorfinden. Wenn man sich vor dem WC ekeln muss, ist das nicht toll. Würde man den Betrag streichen, würde das Projekt lediglich verschoben. Es ist fraglich, ob das dann günstiger wäre.



54 / 54

S. - **40**  
**4040**  
**599999**

**HOCHBAUDEPARTEMENT**  
**Immobilien Stadt Zürich**  
**Pauschalabzug Realisierungswahrscheinlichkeit Hochbauten**

	Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>188.</b> Antrag Stadtrat			Minderheit	Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
	20 000 000		Mehrheit	Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP)

Begründung: Nicht realisierte Investitionen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 62 Stimmen zu.

---

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Budgetberatung siehe Sitzung Nr. 80, Beschluss-Nr. 1493/2015).

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat